

Landtagswahl Hessen

Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass Hessen dem CETA-Abkommen nicht zustimmt?

CDU

Guten Tag [REDACTED],

vielen Dank für Ihr Schreiben an unseren Landesvorsitzenden,
Ministerpräsident Volker Bouffier MdL.

Im Auftrag [REDACTED] übersende ich
Ihnen anbei die Antwort der CDU Hessen auf Ihren Wahlprüfstein.

Freundliche Grüße aus Wiesbaden

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Nein.

Die CDU Hessen bekennt sich zum internationalen Freihandel. Protektionismus schadet allen. Gerade mit einem Partner wie Kanada, der unsere Werteordnung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Menschenrechten teilt, ist uns in besonderem Maße an gegenseitigem Austausch und guten Beziehungen gelegen. Diese zu vertiefen und zu intensivieren ist Ziel des gegenseitigen Abbaus von Handelsschranken. CETA bietet eine große Chance für beide Vertragspartner.

CETA ist eines der modernsten und fortschrittlichsten Freihandelsabkommen, die jemals von der EU ausgehandelt wurden. Es enthält weitreichende Handelserleichterungen gerade für kleine und mittelständische Unternehmen und schafft fast alle Zölle, die Güter und Dienstleistungen für die Verbraucher verteuern, ab. Verbrauchsprodukte werden billiger und unserer Wirtschaft eröffnen sich neue Märkte und Chancen zur Schaffung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen. CETA ist daher im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger. Zusätzlich stellen weitreichende Vorschriften in CETA sicher, dass Kanada und die EU-Mitgliedstaaten Belange des Allgemeinwohls wie zum Beispiel Umwelt-, Verbraucher- oder Gesundheitsschutz, auch weiterhin uneingeschränkt regeln können. Der sachlich nicht gerechtfertigten Panikmache vor einer angeblichen Aushöhlung von Schutzrechten für Mensch und Umwelt treten wir daher entschieden entgegen.

Der faire und freie Handel ist Garant für unseren Wohlstand – gerade in einem wirtschaftsstarken Land wie Hessen, in dem hunderttausende Arbeitsplätze am Export hängen. Derzeit handeln hessische Unternehmen jährlich Waren im Wert von rund 1.300 Millionen Euro mit kanadischen Partnern. Gerade für unsere starke chemische und pharmazeutische sowie feinmechanische und optische Industrie bestehen hier enorme Wachstumschancen, die Arbeitsplätze und steigende Löhne für viele tausend Hessen bringen werden.

Die CDU Hessen setzt sich daher für eine schnelle Ratifizierung dieses gut verhandelten Abkommens ein. Die vorhandenen Regelungen werden wir nutzen, um die hohen europäischen Standards zum Schutz von Verbrauchern und Umwelt vollumfänglich beizubehalten.

SPD

Sehr geehrter [REDACTED],

anbei erhalten Sie die Antwort auf die Wahlprüfsteine zu CETA.

Mit freundlichen Grüßen aus Wiesbaden,

[REDACTED]

SPD – Landesverband Hessen

[REDACTED]

Sehr geehrter [REDACTED], sehr geehrter [REDACTED],

ich danke Ihnen für die Übersendung der Fragen zu CETA und zur Positionierung der SPD Hessen.

Meine Partei will fairen Handel in der Welt, der die sozialen, ökologischen, kulturellen und ökonomischen Verhältnisse besser macht. Deshalb sind wir grundsätzlich für internationale Vereinbarungen und kämpfen für die Verbesserung heutiger Vereinbarungen. Die Hessen SPD wird auf der Grundlage der eigenen Beschlüsse und im Lichte der Gerichtsentscheidungen das Abkommen CETA prüfen. Dabei wird es weder ein pauschales Ja oder Nein geben, sondern eine ernsthafte Befassung mit dem Ergebnis. Sie sind herzlich eingeladen mit uns gemeinsam vor einer möglichen Entscheidung zu beraten, was die richtige Entscheidung ist. Wie Sie wissen, prüft der Europäische Gerichtshof das Abkommen. Hinzukommen die Ratifizierungen in den nationalen Parlamenten.

Wir erleben Zeiten der Renationalisierung. Handelskriege bahnen sich an. An der Spitze dieser Bewegung steht ein Präsident Trump, der nationale Egoismen und kurzfristige Interessen zum Gradmesser internationaler Wirtschaftspolitik macht. Diese Entwicklung ist gefährlich. Sie gefährdet den Frieden in der

Welt wie unlängst beim Umgang mit dem Iran-Abkommen dokumentiert. Sie bedroht soziale und ökologische Fortschritte, für die wir alle jahrelang eingetreten sind. Gerade in diesen Zeiten sind internationale Handelsabkommen wichtiger denn je. Das CETA-Abkommen spiegelt sicher nicht das Parteiprogramm der SPD wieder. Aber das Erreichte ist ein modernes Handelsabkommen, welches unter den gegenwärtigen Bedingungen eine deutliche Verbesserung zu bestehenden Abkommen bedeutet. CETA gehört zu den fortschrittlichsten Handelsabkommen, die es gibt. Wir stehen vor der Frage, ob das Modell Trump zum Maßstab wird oder der Kompromiss, den Kanada und die Europäische Union verhandelt haben. Sicher ist, dass man hinter die Standards von CETA z.B. bei den ILO-Kernarbeitsnormen und der Entwicklung zum Internationalen Handelsgerichtshof, der unser Ziel sein muss, nicht zurückfallen kann.

Weiterhin ist es unsere Aufgabe als Sozialdemokraten, für faire Handelsbeziehungen und für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung in bilateralen oder multilateralen Abkommen zu sorgen. Wir wollen die Weiterentwicklung der Durchsetzungsfähigkeit von Arbeitnehmerrechten und die Integration der globalen Nachhaltigkeitsziele, die Bekämpfung von Steuervermeidung und Korruption. Es muss eine Revision und deutliche Verbesserung der zahlreichen bestehenden Handelsabkommen durchgeführt werden. Insbesondere der Investitionsgerichtshof muss weiterentwickelt und verschärft werden.

Wir haben in den Wolfsburger Beschlüssen die Parameter für die Sozialdemokratie definiert.

Mit freundlichen Grüßen

Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter [REDACTED],

Sie haben uns im Vorfeld der Hessischen Landtagswahlen am 28. Oktober 2018 Wahlprüfsteine zugesandt.

In der Anlage finden Sie unsere Antworten - sollte es Ihrerseits noch Rückfragen geben, so melden Sie sich bitte.

Mit freundlichem Gruss

Wir GRÜNE bekennen uns zum fairen und freien Handel, sowohl innergemeinschaftlich wie mit Regionen und Staaten außerhalb der Europäischen Union. Wir fordern eine transparente Diskussion und Abwägung der Chancen und Risiken von CETA. Diese Position zum Freihandelsabkommen CETA hat der Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hessen im Oktober 2014 geklärt und bei einer Landesmitgliederversammlung im November 2017 bestätigt. Die Landesmitgliederversammlung hat beschlossen, dass mindestens ein Votum des Partei-rats einzuholen ist, bevor die grünen Mitglieder der Hessischen Landesregierung ihr Abstimmungsverhalten zum Ratifizierungsgesetz für CETA im Bundesrat festlegen. Dieser Beschluss behält seine Gültigkeit auch weiterhin für den Fall, dass unsere Partei erneut Teil der künftigen Landesregierung sein wird.

Wir GRÜNE wollen unser Abstimmungsverhalten erst dann endgültig festlegen, wenn die noch ausstehenden Urteile des Bundesverfassungsgerichts und das Ratifizierungsgesetz der Bundesregierung vorliegen. Denn erst dann ist klar, was in dem Ratifizierungsgesetz konkret geregelt werden soll, welche Chancen das Freihandelsabkommen bietet und welche Risiken es beinhaltet. Wir wollen erst die Fakten gründlich prüfen und inhaltlich beraten, sobald sie vorliegen und dann entscheiden.

Zur Bewertung der Verhandlungsergebnisse sind für uns GRÜNE die folgenden Kriterien die zentrale Grundlage der Prüfung:

Die Wahrung von Schutzstandards, insbesondere zum Schutz des Lebens, der Gesundheit, des geistigen Eigentums, der Arbeitnehmerrechte, des Umwelt- und Tierschutzes und des Daten- und Verbraucherschutzes. Das Recht zur Regulierung dieser wesentlichen Bereiche hat allein bei den zuständigen Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene zu bleiben. Das in Europa bewährte Prinzip des vorsorgenden Verbraucherschutzes darf nicht angetastet werden. Soziale und ökologische Standards müssen weiterhin Bestandteil öffentlicher Ausschreibungen sein können. Auch der Schutz des Wassers vor Privatisierung ist uns wichtig.

Die Linke

Sehr geehrter [REDACTED],

Sehr geehrter [REDACTED],

vielen Dank für Ihre Frage. Anbei und unten stehend erhalten Sie die Antwort auf Ihren Wahlprüfstein vom 31.05.2018, den ich Ihnen im Auftrag [REDACTED] übersende.

Bei Fragen stehen wir Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Wie schon bei TTIP handelt es sich auch bei CETA um ein Handelsabkommen der neuen Generation, bei dem im Gegensatz zu klassischen Freihandelsabkommen Zölle nur eine Nebenrolle spielen.

Bei diesen neuen Freihandelsabkommen geht es vielmehr um Abbau der so genannten nicht-tarifären Handelshemmnisse. Im Klartext: Den Abbau von Regulierungen und Zulassungsverfahren, die Waren- und Dienstleistungshandel behindern könnten. Besonders betroffen sind hierbei Regelungen von Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz, die durch die Freihandelsabkommen geschliffen werden sollen.

Zusätzlich sollen starke Durchsetzungsmöglichkeiten im Bereich der Investorenrechte geschaffen werden. So sollten zum Beispiel die Bevorzugung kommunaler Anbieter bei öffentlicher Auftragsvergabe oder auch die Verweigerung von Konzessionen für große Ketten zum Schutz lokaler Einzelhändler untersagt werden können. Auch staatliche Zuschüsse zum Beispiel für die Gewährleistung eines öffentlichen Bildungsangebotes könnten durch solche Investorenrechte untersagt werden. Für Investoren bestünde die Möglichkeit gegen solche untersagten Vorgänge vor einem Schiedsgericht Schadensersatz von der öffentlichen Hand einzuklagen. Die Erfahrungen zeigen hierbei, dass derartige Klagen oftmals genutzt werden um Umweltstandards, Arbeitnehmerrechte oder auch den Verbraucherschutz anzugreifen.

Die sogenannte Negativliste, die zum Schutz von öffentlichen Dienstleistungen in den Anhängen zu CETA aufgenommen wurde ist viel zu kurz. Außerdem sind durch diese nicht die Bereiche erfasst, die erst in Zukunft entstehen können. Diese unterliegen somit automatisch den CETA-Regeln. Auch die Klauseln, die es fast unmöglich machen, einmal privatisierte ehemals öffentliche Dienstleistungen zu rekommunalisieren sind hoch problematisch.

DIE LINKE lehnt die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA ab! Wir halten die Freihandelsabkommen für eine Gefahr für Arbeitnehmerrechte, Umweltstandards und den Verbraucherschutz. Hinzu kommt, dass sie durch die Schiedsgerichte auch eine Paralleljustiz für Konzerne entsteht, die wir ablehnen! DIE LINKE wird wie in der Vergangenheit schon weiterhin gegen solche einseitig auf Konzerninteressen ausgelegte Abkommen parlamentarisch, aber auch außerparlamentarisch gemeinsam mit der Zivilgesellschaft bekämpfen.

Daher würde unsere Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung auch dafür sorgen, dass Hessen dem CETA-Abkommen nicht zustimmen wird. Ein entsprechender Antrag durch unsere Fraktion im Hessischen Landtag „Handels- und Investitionsschutz-Abkommen CETA im Bundesrat und

Bundestag ablehnen“ (DS 19/3307) wurde im Jahr 2016 von CDU, Grüne und FDP leider abgelehnt.

FDP

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

gerne darf ich Ihnen anliegend die Position der hessischen FDP zu CETA übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]
Referentin für Kampagne und Social Media

Nein.

Die Freien Demokraten Hessen unterstützen das Handelsabkommen CETA zwischen der Europäischen Union und Kanada und fordern die vollständige Ratifizierung durch Deutschland.

CETA bietet eine große Chance für die weitere positive Entwicklung der Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und Kanada. Kanada ist ein strategischer Partner für Deutschland und Europa, uns verbinden eine enge Zusammenarbeit sowie gemeinsame Werte und Interessen. Die Europäische Union und Kanada können auf eine langjährige handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zurückblicken. Trotzdem bestanden vor CETA noch zahlreiche Hindernisse und somit viele Möglichkeiten für eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen. CETA sieht zum Einen vor, dass rund 98 Prozent der Zölle zwischen beiden Volkswirtschaften abgebaut werden. Nach Schätzungen der Europäischen Kommission werden europäische Unternehmen – derzeit etwa 70.000 Unternehmen, davon sind fast 80% kleine und mittelständische Unternehmen – infolge des Zollabbaus jährlich rund 590 Millionen Euro einsparen können. Zudem gewährleistet CETA europäischen und kanadischen Investoren bessere und verlässlichere Bedingungen und erleichtert auch hessischen Unternehmen den Zugang zu öffentlichen Aufträgen in Kanada.

Auf der anderen Seite enthält CETA an verschiedenen Stellen auch Klauseln, die das Recht zur Regulierung („Right to regulate“) festschreiben, auch wenn dies von Kritikern zu Unrecht in Abrede gestellt wird. Damit wird sichergestellt, dass die Europäische Union bzw. deren Mitgliedsstaaten oder Kanada auch zukünftig gesetzliche Regelungen zum Beispiel in den sensiblen Bereichen der Daseinsvorsorge erlassen können, ohne dass dies eine Verletzung von CETA oder eine Schadenersatzpflicht begründen würde.

Ein auch für zukünftige Freihandelsabkommen wichtiger Aspekt ist die Schaffung eines ständigen Investitionsschiedsgerichts. Mit den in CETA enthaltenen Regelungen wurden viele Kritikpunkte aus der Praxis entkräftet. So wird das „Recht öffentlicher Stellen auf Regulierung“ und genaue Investitionsschutzstandards festgeschrieben und somit Unklarheiten, die zum Missbrauch oder zu exzessiven Auslegung der Standards einladen, vermieden. Zudem werden Qualifikation und Berufungsdauer der ständigen Richter sowie die Verfahrensregeln neu geregelt oder spezifiziert. Aus Sicht der Freien Demokraten ist die Weiterentwicklung des Investitionsschutzes durch das ständige Investitionsschiedsgericht zu begrüßen. Dies ist ein erster Schritt zu einem internationalen Handelsgerichtshof.

AfD

bezugnehmend auf Ihre Umfrage zu CETA teilen wir Ihnen mit, dass die AfD
CETA ablehnt.

mfG

